

Kanton Luzern

Ausbau der Windkraft befürwortet

Der Kantonsrat will die Erneuerbaren im Kanton Luzern rasch ausbauen – die SVP ergreift das Referendum.

Reto Bieri

Das Luzerner Kantonsparlament hat am Montag Ja gesagt zum beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie. Es heisst am Montag in zweiter Lesung eine entsprechende Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG) mit 83 Ja zu 27 Nein gut.

Wichtigste Neuerung ist ein neues kantonales Plangenehmigungsverfahren für Windanlagen, womit deren Bau rascher möglich wird. Aktuell dauern Planungs- und Bauverfahren bis zu zwanzig Jahre. «Wir sind einfach zu langsam beim Ausbau, das bestätigen auch die Energiekonzerne, die nicht vorwärtskommen», sagte Regierungsrat Fabian Peter (FDP), Vorsteher des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartements. Das Gesetz sei wichtig, um die Klimaziele zu erreichen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die Wertschöpfung im Kanton Luzern zu behalten.

Da mit Ausnahme der SVP auch die Parteien dieser Meinung sind, gab es im Gegensatz zur März-Session keine grossen Diskussionen mehr. Nach wie vor stellt sich die SVP gegen die PBG-Änderung. Diese beinhaltet zu viele neue Vorschriften, etwa zum klimaangepassten Bauen, sagte Kantonsrätin Sandra Meyer-Huwyl (Hitzkirch). Zudem werde die Gemeindeautonomie zu stark eingeschränkt.

Einsprachemöglichkeiten sind vorhanden

Laut SVP-Fraktionschefin Angela Lüthold (Nottwil) hätten Einsprachen gegen Windräder keine Chance, weil gegen die im Richtplan festgesetzten Windenergiegebiete kein Rechtsmittel ergriffen werden könne. Sie kündete an, die SVP werde das Referendum ergreifen.

Regierungspräsident Fabian Peter entgegnete, es gebe nach wie vor Einsprachemöglichkeiten. Das neue kantonale Plangenehmigungsverfahren für



Zu den drei bestehenden Luzerner Windrädern, hier jenes der CKW in Entlebuch, sollen sich bald neue gesellen.

Bild: Pius Amrein

Windenergie sei vergleichbar mit Eisenbahn- oder Autobahnprojekten, wo der Bund zuständig ist. «Auch dort kann man Einsprache machen.»

Reduziert hat das Parlament zudem Vorgaben bei der Ladeinfrastruktur für Elektroautos in Einstellhallen. Neu müssen Gebäude, in denen es fünf und mehr Parkplätze für Bewohnende oder zehn und mehr Parkplätze für Beschäftigte gibt, entsprechend ausgerüstet werden. Abgelehnt hat der Kantonsrat einen Antrag von Sara Muff (SP, Sursee), Parkhäuser zu verpflichten, fünf Prozent ihrer Parkplätze mit E-Infrastruktur auszubauen.

Die Begründung lieferte Michael Kurmann, Präsident der Kommission für Raumplanung, Umwelt und Energie (Ruek). Diese sei mehrheitlich der Meinung gewesen, dass jene Parkplätze ausgerüstet werden sollen, wo Autos länger stehen. «Also bei Wohnungen und am Arbeitsort, weniger bei Kundenparkplätzen.»

Ja zur Solarpflicht auf Dächern

Energiewende Während der Kantonsrat am Montagmorgen den beschleunigten Ausbau der Windenergie beschlossen hat, folgte am Nachmittag die Solarenergie. Auch deren Ausbau hat das Parlament beschlossen, zumindest in erster Lesung. Demnach muss künftig auf Neubauten und bei Dachsanierungen ein bestimmter Teil des Dachs mit Solarpanels ausgerüstet werden. Der Kantonsrat hat am Montag eine Änderung des Energiegesetzes zugestimmt (87 Ja zu 25 Nein).

Alle Parteien waren einverstanden, mit Ausnahme der SVP. Nicht jedes Gebäude sei geeignet, sagte Fraktionssprecher Fabian Stadelmann (Ruswil). «Die Pflicht für alle Neubauten ist

eine massive Verschärfung und geht uns zu weit.» Der Solarausbau müsse freiwillig geschehen.

Nur auf Eigenverantwortung zu setzen reiche nicht, sagte derweil Simon Howald (GLP, Luzern). Der bisherige Ausbau sei zu bescheiden, um die Klimaziele und eine sichere Energieversorgung zu erreichen. «Das Potenzial im Kanton Luzern ist gross, aber noch kaum ausgeschöpft.» Der Einbezug der Fassaden lohne sich zudem mit der heutigen Technologie.

Die Mitte begrüsse die Solarpflicht, sagte David Affentranger (Hitzkirch). Gut sei zudem, dass bei denkmalgeschützten Häusern neu nur noch in gut begründeten Fällen die Solarpflicht nicht gelten soll. Die Investi-

tionskosten für Solaranlagen seien aber hoch und nicht für alle zu stemmen. Wichtig seien deshalb die Fördermittel. Bei Photovoltaikanlagen bis zu einer Leistung von 150 kW legt die Regierung Minimalvergütungen fest.

Für die FDP sei entscheidend, dass der Ausbau rasch erfolge, sagte Gaudenz Zemp (Horw). «Wir sehen es auch als Chance, vom Ausland unabhängiger zu werden und den CO₂-Ausstoss zu minimieren.»

Laut Rahel Estermann (Grüne, Luzern) sind die Erneuerbaren der Schlüssel für eine erfolgreiche Klimapolitik. «Eine Solaranlage auf jedem Dach ist das neue Normal.» Sara Muff (SP, Sursee) sagte, man müsse den Energieverbrauch umwelt-

freundlich gestalten und rasch von fossilen Energien wegkommen. Auch Regierungspräsident Fabian Peter (FDP) verwies auf das zu wenig genutzte Potenzial. «Theoretisch könnte zwei Drittel des gesamten Luzerner Stroms mit Solarpanels produziert werden. Dazu müssten wir den Ausbau verzehnfachen.»

Das neue Energiegesetz erlaubt neu auch den Betrieb eines fossilen Reservekraftwerks. Solche will bekanntlich der Bundesrat bauen, um einer drohenden Winterstromlücke vorzubeugen. Vergeblich versuchten SP und Grüne, den entsprechenden Paragraphen zu streichen und warnten vor einer «Investition in eine veraltete Technologie». (rbi)